

Wer verändert die Welt? Und mit wem?

Emanzipation und Identität

August 2017
Beat Ringger

Der nachstehende Text ist das Ergebnis ausführlicher Diskussionen innerhalb und ausserhalb des Denknetzes. Für Rückmeldungen danke ich insbesondere Dolores Zoé Bertschinger, Ruth Daellenbach, Ruth Gurny, Waldo Badassare Scholari und Therese Wüthrich. Die Verantwortung für die Aussagen liegt einzig beim Autor.

Gegenwärtig sind wir mit mehreren, ineinander verwobenen Entwicklungen konfrontiert. Seit 1968 haben Bewegungen, die sexistische und rassistische Diskriminierungen bekämpfen, historisch bedeutsame Fortschritte erzielt. Dabei sind neue Achtsamkeiten und Differenzierungen entstanden, zum Beispiel im Hinblick darauf, wie verschiedene Formen der Diskriminierung ineinandergreifen (Intersektionalität). Gleichzeitig hat jedoch im Zuge der neoliberalen Revolution der ökonomische Konkurrenzdruck zwischen Wirtschaftsstandorten, Unternehmen und Individuen erheblich zugenommen. Dies hat neuen Nährboden geschaffen für Verteilungs- und Machtkonflikte und ihre rassistische, kulturalistische und sexistische Aufladung. Einerseits war der Einfluss anti-diskriminatorischer Bewegungen auf die gesellschaftlichen Debatten und Politiken also wohl noch nie so ausgeprägt wie heute. Andererseits befeuern die verschärfte globale ökonomische Konkurrenz und neoimperiale Politiken die ethnische, kulturelle oder religiöse Aufladung von Konflikten immer wieder von neuem. Im Ergebnis ist eine oft verwirrende Gemengelage entstanden, die Anlass zu vielen Missverständnissen gibt und zu manchen Manipulationen einlädt.

Seit Beginn der neoliberalen Aera werden widerstandsfähige Kollektive und ihre Organisationen (Belegschaften, soziale Bewegungen, Gewerkschaften etc) verstärkt bekämpft, und es wird versucht, sie im öffentlichen Diskurs unsichtbar zu machen. Als zentraler Bezugsrahmen dient die Ideologie eines selbstregulierenden Marktes, der nur isolierte, „selbstverantwortliche“ MarktteilnehmerInnen zulässt. Die dadurch entstehende Vereinzelung der Menschen schafft umgekehrt neue Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, die sich in verschiedensten Richtungen orientieren.

Gleichzeitig sehen wir uns mit einer tiefen Krise der emanzipatorisch-politischen Programmatik (Stichwort „Sozialismus“) konfrontiert. Viele Bewegungen, die auf eine Weitergestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse drängen sind erheblich geschwächt worden (ArbeiterInnenbewegung, Völker in antikolonialen Kämpfen, Umweltbewegung, Frauenbewegung).

Für die Linke stellen sich in dieser Lage wichtige Fragen. In welchem Verhältnis stehen verschiedene Dimensionen von Unterdrückung und Ausbeutung? Wie kann eine politische Programmatik gestärkt werden, die wieder auf

das gesellschaftliche Ganze zielt, und wie verhalten sich dabei feministische, LGBTQ-, antirassistische, soziale und ökologische Anliegen zueinander? Und wie kann es gelingen, soziale und politische Kräfte so zu formieren, dass sie im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Ziele neue Durchschlagskraft gewinnen?

Die folgenden Thesen sind ein Versuch, im Hinblick auf diese Fragestellungen eine tragfähige Grundhaltung zu artikulieren. Im Anhang zu den Thesen erläutern wir einige Begriffe, die wir im Text verwendet haben.

1.

Die *raison d'être* der Linken ist ein emanzipatorisches gesellschaftspolitisches Programm, das gleichermaßen universalistisch, global, nicht-herrschaftsförmig und demokratisch ist und auf die generelle Überwindung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zielt. Die Verwirklichung dieses Programms wird möglicherweise nie vollständig gelingen. Als emanzipatorischer Horizont aber ist es unverzichtbar. Es ist Ankerpunkt und Voraussetzung dafür, dass das Gesellschaftliche überhaupt positiv weitergedacht und weiterentwickelt werden kann. Die Linke ist damit der Garant einer humanen gesellschaftlichen Perspektive.

2.

Linke Politik wendet sich gegen jede Form von Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung, sei sie sexistischer, rassistischer, sozialer, nationalistischer oder ökonomischer Art. Im Kampf gegen diese Diskriminierungen entstehen emanzipatorische identitäre Dimensionen, die von der Linken vorbehaltlos mitgetragen werden müssen: unterdrückte Nationen formieren sich als unterdrückte Nationen, Frauen als Frauen, Schwarze als Schwarze, um für ihre Kämpfe Kraft zu schöpfen. Manche Diskriminierungen gehen hunderte oder tausende von Jahren zurück. Entsprechend stark sind sie in Institutionen, Sprache, Kultur und Alltagsverhalten verankert. Ihre Überwindung ist eine vielschichtige, und prozesshafte Aufgabe, die einen langen Atem erfordert.

3.

Werden gesellschaftliche Identitäten jedoch losgelöst von der Frage nach den sozialen

Verhältnissen, nach Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung konzipiert, also essenzialistisch verstanden, so entsteht ein Sog, Eigenheiten und Zuschreibungen *als solche* zu bewerten, als problematisch oder als gewünscht zu markieren und gegen andere Identitäten abzugrenzen. Die Linke wendet sich klar gegen alle Formen einer solchen essenzialistischen Konzeption und den daraus abgeleiteten ausschliessenden Identitätspolitiken. Ziel ist vielmehr das genaue Gegenteil: Das Ende der Verquickung von Partikularinteressen und identitären Zuschreibungen und die bewegliche, aufeinander bezogene Vielfalt des menschlichen Lebens. Geht dieses Ziel verloren, dann droht die Differenz zum bestimmenden Moment zu werden. In letzter Konsequenz führt dies zum Kampf aller gegen alle.

4.

Das Kapitalistische ist ein gesellschaftliches Grundverhältnis, das auf die permanente Steigerung der Verwertung der Menschen (ihrer Arbeitskraft, ihrer Bedürfnisse, ihrer Körper, ihrer Daten) angelegt ist. Unter demselben Verwertungsdruck stehen auch die natürlichen Ressourcen und die Lebensräume. Das Kapitalistische erzeugt deshalb stets von neuem massive gesellschaftliche Verwerfungen und setzt destruktiven Kräfte frei, die in gesteigerter Ausbeutung, Diskriminierung, Umweltzerstörung, Gewalt und Krieg münden. Entsprechend ist das Kapitalistische die für alle Menschen unausweichliche, zentrale Herausforderung der Gegenwart. Im Zuge der Überwindung des Kapitalistischen gilt es deshalb, verschiedene Ziele miteinander zu verbinden und aufeinander abzustimmen: Umweltschutz, Gutes Leben für alle, Überwindung von Diskriminierungen, gerechte Verteilung von Ressourcen und Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche. Solche Politiken stossen auf den oft erbitterten Widerstand der Herrschenden und ihrer Entourage. Es ist für die linke Politik deshalb unausweichlich, sich mit der herrschenden Klasse der KapitaleignerInnen zu konfrontieren, also Klassenkampf zu führen. Linke Politik ist multidimensional und weit mehr als Klassenkampf. Aber ohne Klassenkampf ist linke Politik nichts.

5.

Klassenkampf wird oft gleichgesetzt mit dem Bild von den Streiks einer meist männlichen, grösstenteils weissen Industriearbeiterschaft im 20. Jahrhundert. Eine solche Vorstellung negiert die grossen Veränderungen der letzten Jahrzehnte. In vielen Branchen sind die abhängig Beschäftigten heute mehrheitlich Frauen. Die Zentren haben sich von der Industrie in die Dienstleistungen verlagert. Die Bedeutung der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit ist erheblich gewachsen. Der Feminismus muss die ‚klassische ArbeiterInnenbewegung‘ als Substrat gemeinsamer Kämpfe ergänzen und teilweise ablösen. Bedeutsam ist dies auch im Hinblick auf eine umfassende gesellschaftliche Emanzipation, auf eine Gesellschaft der Sorgsamkeit und des Care.

6.

Auch innerhalb der subalternen Klassen sind manche diskriminierende Praxen weit verbreitet: Männer verteidigen ihre Positionen gegen die Ambitionen von Frauen, inländische Arbeitsleistende wenden sich gegen MigrantInnen und Erwerbslose, die Bevölkerungen des imperialen Nordens, stellen sich hinter die ökonomische Ausbeutung und militärische Unterdrückung des globalen Südens. Umso wichtiger ist es für die Linke deshalb, dem Sog von gruppenegoistischen Politiken zu widerstehen und dafür einzutreten, dass sich die vielfältigen emanzipatorischen Kämpfe untereinander verbinden. Dies wird teilweise dadurch erleichtert, dass Menschen stets gleichzeitig in verschiedenen Rollen und Spannungsfeldern stehen. In einer Streikerfahrung oder in einem Kampf gegen die Umweltverschmutzung machen Leute ungeachtet ihrer Nationalität, ihres Geschlechts oder ihres Glaubens gemeinsame Erfahrungen des Widerstands und der Solidarität.

7.

Die Klassenfrage ersetzt die Auseinandersetzung mit Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Nation, Rasse oder Religion in keiner Weise. Die Überwindung des Kapitalismus wird per se keineswegs jede Form von Unterdrückung, Ausbeutung oder Diskriminierung aus der Welt schaffen. Solche Konflikte könnten sogar umso deutlicher zu Tage treten, sobald die Klammer der kapitalistischen Zwänge entfällt. Nun müssen zwingend Politiken entwickelt werden, die

sämtliche emanzipatorische Anliegen einschliessen und gleichzeitig den Geboten der Nachhaltigkeit genügen, was im Gesamtinteresse der Menschheit unerlässlich ist. Das ist eine grosse Herausforderung und wird nicht konfliktfrei ablaufen. Klar ist, dass ein globaler emanzipatorischer Horizont sich nicht am gegenwärtigen verschwenderisch-konsumistischen Lebensentwurf der auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basierenden ‚imperialen Lebensweise‘ breiter Bevölkerungsteile des globalen Nordens (und zunehmend auch der Mittelschichten in ‚Schwellenländern‘ des globalen Südens) ausrichten kann. Materielle und strukturelle Privilegien des Nordens müssen in neue Formen des Zusammenlebens gewandelt werden; ohne eine solche gesamtgesellschaftliche Transformation wird das gute Leben für alle nicht realisierbar sein.

8.

Diskriminierende Praxen sind immer noch tief in den ökonomischen, institutionellen und kulturellen Realitäten verwurzelt und spiegeln sich im Alltag. Solche alltägliche Praxen müssen mit der Zielrichtung einer Emanzipation alles Menschlichen bearbeitet werden. Männer, Weisse und/oder Vermögende sind in besonderem Masse aufgerufen, den Kampf gegen Diskriminierungen die dabei entstehenden vielfältigen Formen der Selbstermächtigung mit Ressourcen, Care-Arbeit und Solidarität zu unterstützen. Vielfältig diskriminierende Realitäten lassen sich jedoch nicht alleine durch individuelle Willensakte aus der Welt schaffen. Ihre Überwindung kann nicht einfach den einzelnen Menschen überbürdet werden. Ambivalenzen und Widersprüche in den Lebenswelten sind unvermeidlich. Dies gilt auch für linke AktivistInnen. Widersprüche und Konflikte sollen offen benannt und verhandelt werden, ohne Vorspielen falscher Harmonie und ohne Verklärungen.

9.

Linke Politik ist für das Gelingen auf starke emanzipative Resonanzräume angewiesen. Resonanzräume greifen das Bedürfnis der Menschen nach einer Welt auf, die auf ihre Anliegen antwortet und in der sie willkommen sind. Ohne solche Resonanzräume verlieren sich die Menschen in der neoliberal verordneten Vereinsamung. Emanzipatorische Resonanzräume werden gebildet und gefördert

durch gemeinsame Visionen, durch Organisationen, durch politische Bewegungen und ihren kulturellen Ausdruck. Wir brauchen Netzwerke und Diskursräume, um dabei auch auf das Ganze der gesellschaftlichen Verhältnisse zielen können. Dazu gehört auch, bei sozialen Auseinandersetzungen breite Bündnisse anzustreben, um an Kraft und Wirkmacht zu gewinnen. Fehlen allerdings die Resonanzräume und die sozialen Kräfte, die einem emanzipatorischen Projekt Glaubwürdigkeit verleihen, dann ist ein Grossteil der Leute zumindest punktuell bereit, sich auf nationalistische oder religiöse Angebote einzulassen in der Hoffnung, damit die eigene soziale Lage zu verbessern oder zumindest Verschlechterungen abzuwenden.

10.

So wie es kein gutes (d.h. widerspruchsfreies) Leben in „schlechter Gesellschaft“ gibt, so gibt es auch keine gute, d.h. widerspruchsfreie Politik in der „schlechten Politik“. Linke Politik ist immer wieder mit Ambivalenzen behaftet, muss Kräfteverhältnisse berücksichtigen und Kompromisse eingehen. Wenn linke Politik dabei jedoch die emanzipative Veränderung der gesamten Gesellschaft aus den Augen verliert, degeneriert sie und wird von den herrschenden Verhältnissen vereinnahmt. In den Ländern des globalen Nordens geht eine solche Degeneration praktisch immer einher mit der Anpassung an einen Nationalismus, der als Legitimationsbasis für ausbeuterische und imperiale Praxen dient. Ein solcher Nationalismus ist oft gerade dann erfolgreich, wenn die Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsteile prekariert werden. Er gaukelt vor, der eigenen Bevölkerung im internationalen Standortwettbewerb und im Kampf gegen die Fremden Vorteile zu erschaffen. Im Gegensatz zu den herrschenden Klassen sind diese ‚Vorteile‘ für die breite Bevölkerung jedoch meist spärlicher Natur. Vor allem aber ist der Preis hoch: Das Gift des Nationalismus legitimiert Fremdenfeindlichkeit und zersetzt den Resonanzraum einer solidarischen Politik.

11.

Auch auf individueller Ebene ist der Begriff der Identität ambivalent. Er unterstellt eine psychologische Geschlossenheit des Individuums, die so nicht existiert. Die Psyche ist – mal weniger, mal stärker – von

Widersprüchen und inneren Kämpfen geprägt, wie jede und jeder aus eigener Anschauung weiss. Die Aussensicht, die die Leute von sich präsentieren, darf nicht mit ihrem ganzen psychischen Geschehen verwechselt werden. Beispielsweise kann der Frust darüber, sich den Mächtigen untergeordnet und dabei die eigenen Wünsche verraten zu haben, in einem nationalistischen WutbürgerInnentum seinen Ausdruck finden. Der Frust verschwindet mit der Wut aber nicht. Die damit verbundenen Energien können immer wieder auch für rationale gesellschaftliche Perspektiven mobilisiert werden. WutbürgerInnen werden allerdings nicht dadurch erreicht, dass man ihre „Ängste ernst nimmt“. Auf diese Weise wird nur die Position „verständnisvoller Eliten“ markiert, die sich über den „verängstigten Plebs“ stellen. Wenn schon kann man Ängste teilen (oder auch nicht). WutbürgerInnen sollten aber vor allem auch damit konfrontiert werden, dass sie dem alten Spiel des Teile und Herrsche verfallen und damit die Eliten stärken, die sie anscheinend bekämpfen wollen.

12.

Eine der bedeutendsten Niederlagen des 20. Jahrhunderts betrifft die antikolonialen und antiimperialen Kämpfe in den Ländern des globalen Südens, deren Anliegen im Neoliberalismus weitgehend aufgegeben worden sind. Die vorherrschende Weltpolitik trägt wieder offen imperialen Charakter und bedient sich einer kulturalistischen und religiösen Aufladung von Konflikten, um säkulare Alternativen aus dem Weg zu räumen. In Verbindung mit der neoliberalen Dekonstruktion von ökonomisch und sozial aktionsfähigen Staaten im globalen Süden hat dies zu einer Eskalation von Konflikten geführt, deren friedliche Beilegung gegenwärtig oft aussichtslos erscheint.

13.

Es ist wesentlich diesem Sog des imperialen Nationalismus zuzuschreiben, dass die Linke eine ihrer wichtigsten Errungenschaften weitgehend verloren hat: ihren Internationalismus. Die Formel der internationalen Solidarität erscheint als verstaubte Erinnerung an das 20. Jahrhundert. Die globalisierungskritische Bewegung der Jahrtausendwende oder später die Occupy-Bewegung wollten zwar die internationale Dimension wieder erschliessen. Sie blieben

jedoch zu schwach, um den Internationalismus wieder dauerhaft und kraftvoll zu verankern. Wir brauchen jedoch globale Bewegungen, Netzwerke und Organisationen, die in der Lage sind, die internationale Solidarität wieder zu einer wirksamen Praxis zu machen. Erst in einer solch solidarischen internationalen Praxis kann das genuine linke Programm der „Menschwerdung des Menschen“ (Karl Marx) nachhaltig Gestalt annehmen.

Anmerkungen zu einigen Begriffen

Die Linke

Wir verwenden in diesen Thesen einen normativen (und keinen empirischen) Begriff der Linken. Mit der ‚Linken‘ bezeichnen wir eine gesellschaftspolitische Bewegung, die ein Programm für die Befreiung aller Menschen von allen Formen der Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung verfolgt. Eine solche Linke muss immer wieder – und teilweise kontrovers – ermitteln, wie eine universelle emanzipatorische Programmatik in den konkreten Politiken umgesetzt werden soll. Sie muss sich selbstkritisch mit den dabei gemachten Erfahrungen und mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzen.

Klasse

Herrschaft ist darum bemüht, Herrschaft zu verschleiern. Entsprechend kennt die bürgerliche Ökonomie keine Kategorien von Macht oder Herrschaft, und es ist nicht erstaunlich, dass der ideologische Mainstream die Begriffe der Klasse und des Klassenkampfes beständig zu diskreditieren versucht. Leider hat auch der Stalinismus das dazu beigetragen, das klassische linke Vokabular in Verruf zu bringen. In dieser Konstellation weichen viele auf andere Begriffe aus, etwa denjenigen der Eliten. Dadurch wird der Diskurs jedoch nicht geschärft, wie sich in den neueren Debatten erweist: Seit einigen Jahren befleissigen sich auch die RechtsnationalistInnen eines ausgesprochen antielitären Diskurses und prägen diesen zunehmend. Gerade in einer Debatte um identitäre Politiken scheint es uns nun aber besonders wichtig, mit klaren Begriffen zu argumentieren. Deshalb unser Entscheid, die Begriffe der Klasse und des Klassenkampfes zu verwenden. Soziale Klassen sind bestimmt

durch die Stellung, die die Menschen in den ökonomischen Verhältnissen einnehmen. Das Handeln und der Horizont der herrschenden Klassen ist in hohem Masse geprägt vom Willen, die eigene ökonomische Macht zu sichern und auszuweiten. Wenn nun subalterne Klassen, sich für die eigenen Interessen und/oder für die allgemeinen Interessen der Menschheit (z.B. Umweltschutz) einzusetzen, sehen sie sich unmittelbar mit diesem Herrschaftswillen konfrontiert. Soziale Auseinandersetzungen haben deshalb den Charakter von Klassenkämpfen.

Das Kapitalistische

Der Begriff des Kapitalistischen bezeichnet den ökonomischen Funktionskern, der sich in einer simplen ökonomischen Anweisung ausdrücken lässt: Schaffe aus Geld noch mehr Geld, indem du Waren produzieren lässt und sie dann auf (mehr oder weniger freien) Märkten verkaufst, und sei dabei besser als deine Konkurrenz. Aufbauend auf diesem Funktionskern ergibt sich der Kapitalismus, ein ökonomisches, gesellschaftliches, kulturelles, ideologisches und staatliches Ensemble. Mit dem Begriff des Kapitalismus (der natürlich weiterhin seine Berechtigung hat) wird jedoch oft eine Geschlossenheit und Unveränderlichkeit suggeriert, die die Stabilität dieses Systems überzeichnet. Denn das Kapitalistische muss jeden Tag aufs Neue reproduziert und gegen eine Vielfalt von Widerständen durchgesetzt werden. Bleiben die Widerstände vereinzelt, werden sie gebrochen. Für eine offene Auseinandersetzung mit der Reproduktion des Kapitalistischen ist es deshalb notwendig, dass sich die Menschen in gemeinsamen Resonanzräumen kollektiv artikulieren, organisieren und stark machen.

Resonanzraum

Resonanzräume greifen das tiefe Bedürfnis der Menschen nach einer Welt auf, die auf ihre Anliegen antwortet, einer Welt, in der sie willkommen sind. Linke Politik muss Resonanzräume bereitstellen, in denen sich Menschen verschiedenster Herkunft wiederfinden und in denen sich das universelle Bestreben ausdrückt, die Herrschaft des Menschen über den Menschen zu überwinden. Durch geeignete Bewegungs- und Bündnispolitik kann und soll versucht werden, den jeweiligen Resonanzraum vor dem universellen emanzipatorischen Horizont so

breit werden zu lassen, wie das den jeweiligen inhaltlichen Anliegen entspricht. Dabei geht es unter anderem auch darum, die Potentiale zu erschliessen, die in den Zwischenräumen des Politischen, im „Ausserhalb“ der Tagespolitik und der monothematischen

Organisationen/Bewegungen angelegt sind: Am „Stammtisch“, in der „Zivilgesellschaft“, in (Online-)Communities, in sozialen und politischen Netzen, in Diskurszusammenhänge etc.